

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

## Ausgabe A

29. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Juni 1976	Nummer 61
--------------	-------------------------------------------	-----------

### Inhalt

#### I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger . . . . .	1146
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe . . . . .	1146
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe. . . . .	1147
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 17. Mai 1976 zum Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten. . . . .	1147
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes . . . . .	1148
20319	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 2 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 17. Mai 1976 . . . . .	1149
20330	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Vergütungstarifvertrag Nr. 14 für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 17. Mai 1976 . . . . .	1150
203310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Monatslohnstarifvertrag Nr. 7 zum MTL II vom 17. Mai 1976. . . . .	1159
203310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Dreizehnter Änderungstarifvertrag vom 17. Mai 1976 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965 . . . . .	1165
203311	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Änderungstarifvertrag Nr. 8 vom 17. Mai 1976 zum Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II vom 9. Oktober 1963 . . . . .	1167

#### II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.**

Datum	Hinweise	Seite
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 11 v. 1. 6. 1976 . . . . .	1167
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 28 v. 8. 6. 1976 . . . . .	1168
	Nr. 29 v. 10. 6. 1976 . . . . .	1168

## I.

20310

**Tarifvertrag vom 17. Mai 1976  
zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung  
der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern  
und Lernpfleger**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4050 – 2.9 – IV 1 –  
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.21.04 – 2/76 –  
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 23. 1. 1967 – SMBI. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag  
vom 17. Mai 1976  
zur Änderung des Tarifvertrages  
zur Regelung der Rechtsverhältnisse  
der Lernschwestern und Lernpfleger**

## Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister des Innern,  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,  
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,  
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und  
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
– Hauptvorstand –,  
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft  
– Bundesvorstand –

andererseits

wird folgendes vereinbart:

## § 1

Der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

## 1. § 5 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Schülerinnen und Schüler erhalten folgendes monatliches Ausbildungsgeld:  
Im 1. Ausbildungsjahr 708,34 DM,  
im 2. Ausbildungsjahr 792,66 DM,  
im 3. Ausbildungsjahr 932,08 DM.“

## 2. In § 7 werden in der Überschrift, in Absatz 1 Satz 2 und in Absatz 2 Satz 1 jeweils nach der Zahl „6“ die Worte „Satz 2“ eingefügt.

## 3. In § 8 Unterabs. 3 werden nach den Worten „vom 16. März 1974“ die Worte „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

## § 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Schülerinnen und Schüler, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Schülerinnen und Schüler, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3  
Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

– MBl. NW. 1976 S. 1146.

20310

**Tarifvertrag vom 17. Mai 1976  
zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung  
der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler  
in der Krankenpflegehilfe**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4050 – 4.4 – IV 1 –  
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.21.04 – 3/76  
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 24. 1. 1967 – SMBI. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag  
vom 17. Mai 1976  
zur Änderung des Tarifvertrages  
zur Regelung der Rechtsverhältnisse  
der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe**

## Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister des Innern,  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,  
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,  
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und  
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
– Hauptvorstand –,  
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft  
– Bundesvorstand –

andererseits

wird folgendes vereinbart:

## § 1

Der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

## 1. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Schülerinnen und Schüler erhalten ein monatliches Ausbildungsgeld von 617,82 DM.“

## 2. In § 7 werden in der Überschrift, in Absatz 1 Satz 2 und in Absatz 2 Satz 1 jeweils nach der Zahl „6“ die Worte „Satz 2“ eingefügt.

## 3. In § 8 Unterabs. 3 werden nach den Worten „vom 16. März 1974“ die Worte „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

## § 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Schülerinnen und Schüler, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsvorhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Schülerinnen und Schüler, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsvorhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

- MBl. NW. 1976 S. 1146.

20310

**Tarifvertrag vom 17. Mai 1976  
zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung  
der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen  
(Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4050 - 3.1 - IV 1 -  
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.20.07 - 2/76 -  
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe vom 28. Januar 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 3. 2. 1970 - SMBI. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag  
vom 17. Mai 1976  
zur Änderung des Tarifvertrages  
über die Regelung der Arbeitsbedingungen  
der Praktikantinnen (Praktikanten)  
für medizinische Hilfsberufe**

**Zwischen**

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister des Innern,  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,  
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,  
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - Hauptvorstand -  
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft  
- Bundesvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

**§ 1**

Der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe vom 28. Januar 1970, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Im Rubrum wird der Wortlaut des Buchstabens a gestrichen.
2. § 2 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Die Praktikantinnen (Praktikanten) erhalten monatlich folgendes Entgelt und folgenden Verheiratetenzuschlag:

Für die Berufe	Entgelt	Verheiratetenzuschlag
	DM	DM
der pharm.-techn. Assistentin	1100,76	67,50
des Krankengymnasten	1100,76	67,50
der Beschäftigungstherapeutin	1100,76	67,50
der Orthoptistin	1100,76	67,50
der Diätassistentin	1100,76	67,50
des Logopäden	1100,76	67,50
des Masseurs	1042,04	67,50

des Masseurs und med. Bademeisters	DM	DM
im ersten Praktikantenjahr	1042,04	67,50
in der weiteren Praktikantenzeit	1087,04	67,50

Für die Zahlung des Verheiratetenzuschlags gilt § 62 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.“

3. Folgender § 4 a wird eingefügt:

**„§ 4 a**

**Anwendung des § 4 Satz 2  
bei Schadensersatzansprüchen  
gegen Dritte**

(1) Ist die Arbeitsunfähigkeit durch einen von einem Dritten zu vertretenden Umstand herbeigeführt, hat die Praktikantin (der Praktikant) dem Arbeitgeber unverzüglich die Umstände mitzuteilen, unter denen die Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt worden ist,

- a) dem Arbeitgeber unverzüglich die Umstände mitzuteilen, unter denen die Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt worden ist,
- b) sich jeder Verfügung über die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit zu enthalten und
- c) die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit an den Arbeitgeber abzutreten und zu erklären, daß er über sie noch nicht verfügt hat.

Bis zur Abtretung der Ansprüche ist der Arbeitgeber berechtigt, die Leistungen aus § 4 Satz 2 zurückzubehalten.

(2) Übersteigt der erlangte Schadensersatz die Leistungen des Arbeitgebers nach § 4 Satz 2, erhält die Praktikantin (der Praktikant) den Unterschiedsbetrag. Bei der Verfolgung der Schadensersatzansprüche durch den Arbeitgeber darf ein über den Anspruch des Arbeitgebers hinausgehender nicht offensichtlich ungerechtfertigter Anspruch der Praktikantin (des Praktikanten) nicht vernachlässigt werden.“

4. In § 5 Unterabs. 3 werden nach den Worten „vom 16. März 1974“ die Worte „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

**§ 2**

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Praktikantinnen (Praktikanten), die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Praktikantenverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Praktikantinnen (Praktikanten), die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Praktikantenverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

**§ 3**

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

- MBl. NW. 1976 S. 1147.

20310

**Änderungstarifvertrag Nr. 5  
vom 17. Mai 1976  
zum Tarifvertrag zur Regelung der  
Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4050 - 3.5 - IV 1 -  
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.21.07 - 1/76 -  
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten

ten vom 17. Dezember 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 12. 1970 – SMBI. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Änderungstarifvertrag Nr. 5  
vom 17. Mai 1976**  
**zum Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten vom 17. Dezember 1970**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister des Innern,  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
– Hauptvorstand –,  
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft  
– Bundesvorstand –

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten vom 17. Dezember 1970, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 1 Abs. 1 erhält die folgende Fassung:

„Die Medizinalassistenten erhalten ein monatliches Entgelt nach Maßgabe der Regelung der Anwärterbezüge für die Anwärter der Laufbahnguppe des höheren Dienstes mit dem Eingangssamt der Besoldungsgruppe A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) nach dem Bundesbesoldungsgesetz.“

2. Folgender § 3a wird eingefügt:

„§ 3a

**Anwendung des § 3 Satz 1 bei Schadensersatzansprüchen gegen Dritte**

(1) Ist die Arbeitsunfähigkeit durch einen von einem Dritten zu vertretenden Umstand herbeigeführt, hat der Medizinalassistent

- dem Arbeitgeber unverzüglich die Umstände mitzuteilen, unter denen die Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt worden ist,
- sich jeder Verfügung über die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit zu enthalten und
- die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit an den Arbeitgeber abzutreten und zu erklären, daß er über sie noch nicht verfügt hat.

Bis zur Abtretung der Ansprüche ist der Arbeitgeber berechtigt, die Leistungen aus § 3 Satz 1 zurückzubehalten.

(2) Übersteigt der erlangte Schadensersatz die Leistungen des Arbeitgebers nach § 3 Satz 1, erhält der Medizinalassistent den Unterschiedsbetrag. Bei der Verfolgung der Schadensersatzansprüche durch den Arbeitgeber darf ein über den Anspruch des Arbeitgebers hinausgehender nicht offensichtlich ungerechtfertigter Anspruch des Medizinalassistenten nicht vernachlässigt werden.“

§ 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Medizinalassistenten, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Medizinalassistenten, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

- bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

– MBl. NW. 1976 S. 1147.

**20310**

**Tarifvertrag vom 17. Mai 1976  
zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung  
der Arbeitsbedingungen der Praktikanten  
(Praktikantinnen) für Berufe des Sozial-  
und Erziehungsdienstes**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4050 – 3.16 – IV 1 –  
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.22.14 – 3/76 –  
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes vom 17. Dezember 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 12. 1970 – SMBI. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag  
vom 17. Mai 1976  
zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der  
Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen)  
für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister des Innern,  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,  
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,  
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und  
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
– Hauptvorstand –,  
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft  
– Bundesvorstand –

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes vom 17. Dezember 1970, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 2 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Die Praktikanten (Praktikantinnen) erhalten monatlich folgendes Entgelt und folgenden Verheiratetenzuschlag:

Für die Berufe	Entgelt	Verheiratetenzuschlag
	DM	DM
des Sozialarbeiters	1333,07	70,88
des Sozialpädagogen	1333,07	70,88
des Erziehers	1100,76	67,50
der Kindergärtnerin	1100,76	67,50
der Hortnerin	1100,76	67,50
der Kinderpflegerin	1042,04	67,50

Für die Zahlung des Verheiratetenzuschlags gilt § 62 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.“

2. Folgender § 4a wird eingefügt:

„§ 4 a  
Anwendung des § 4 Satz 2  
bei Schadensersatzansprüchen gegen Dritte

- (1) Ist die Arbeitsunfähigkeit durch einen von einem Dritten zu vertretenden Umstand herbeigeführt, hat der Praktikant (die Praktikantin)
- dem Arbeitgeber unverzüglich die Umstände mitzuteilen, unter denen die Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt worden ist,
  - sich jeder Verfügung über die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit zu enthalten und
  - die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit an den Arbeitgeber abzutreten und zu erklären, daß er über sie noch nicht verfügt hat.

Bis zur Abtretung der Ansprüche ist der Arbeitgeber berechtigt, die Leistungen aus § 4 Satz 2 zurückzubehalten.

- (2) Übersteigt der erlangte Schadensersatz die Leistungen des Arbeitgebers nach § 4 Satz 2, erhält der Praktikant (die Praktikantin) den Unterschiedsbetrag. Bei der Verfolgung der Schadensersatzansprüche durch den Arbeitgeber darf ein über den Anspruch des Arbeitgebers hinausgehender nicht offensichtlich ungerechtfertigter Anspruch des Praktikanten (der Praktikantin) nicht vernachlässigt werden.“
3. In § 5 Unterabs. 3 werden nach den Worten „vom 16. März 1974“ die Worte „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

§ 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Praktikanten (Praktikantinnen), die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Praktikantenverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Praktikanten (Praktikantinnen), die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Praktikantenverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

- Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung
- beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
  - bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

– MBl. NW. 1976 S. 1148.

20319

**Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 2  
für Auszubildende bei Bund und Ländern  
vom 17. Mai 1976**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4050 – 2.2 – IV 1 –  
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.20.07 – 3/76 –  
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Februar 1976 an die Stelle der Vorschriften des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 vom 17. März 1975 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 17. 3. 1975 – SMBl. NW. 20319) treten, geben wir bekannt:

**Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 2  
für Auszubildende bei Bund und Ländern  
vom 17. Mai 1976**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister des Innern,

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,  
einerseits  
und  
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
– Hauptvorstand –,  
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft  
– Bundesvorstand –  
andererseits

wird für die Auszubildenden bei Bund und Ländern, die unter den Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974 fallen, folgendes vereinbart:

§ 1

(1) Die Ausbildungsvergütung gemäß § 8 Abs. 1 des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 beträgt monatlich

im 1. Ausbildungsjahr 365,— DM,  
im 2. Ausbildungsjahr 418,— DM,  
im 3. Ausbildungsjahr 471,— DM,  
im 4. Ausbildungsjahr 530,71 DM.

(2) Die Ausbildungsvergütung nach Absatz 1 erhöht sich nach Vollendung des 18. Lebensjahres um 50,— DM.

Das 18. Lebensjahr gilt als vollendet mit dem Beginn des Monats, in den der Geburtstag fällt.

§ 2

(1) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. a des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 genannten angestelltenversicherungspflichtigen Auszubildenden können 50 v.H. der in dem Tarifvertrag über die Gewährung von Zulagen gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962 vereinbarten Zulagen gezahlt werden, wenn die dort geforderten Voraussetzungen vorliegen.

(2) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. b des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 genannten arbeiterrentenversicherungspflichtigen Auszubildenden, die im Rahmen ihrer Ausbildung in erheblichem Umfang mit Arbeiten gemäß § 29 MTB II/MTL II beschäftigt werden, kann im 2. bis 4. Ausbildungsjahr ein monatlicher Pauschalzuschlag von 20,— DM gezahlt werden.

§ 3

(1) Gewährt der Ausbildende Kost und Wohnung, wird die Ausbildungsvergütung um monatlich 123,20 DM gekürzt.

(2) Gewährt der Ausbildende nur Wohnung, wird die Ausbildungsvergütung um monatlich 31,59 DM gewährt er nur Kost, wird sie um monatlich 91,61 DM gekürzt.

§ 4

(1) Die Wasserbaulehrlinge der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes haben während des Besuchs der Lehrbaustelle für Wasserbauwerker die auf der Lehrbaustelle entstehenden Verpflegungskosten aus der Ausbildungsvergütung zu bestreiten.

(2) Werden Schiffsjungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zum Besuch einer anerkannten Schiffer-Berufsschule in einem von der Binnenschifffahrt betreuten Schiffsjungenheim untergebracht, haben sie die Kosten für Unterkunft und Verpflegung aus der Ausbildungsvergütung zu bestreiten. Dem Schiffsjungen muß jedoch mindestens ein monatliches Taschengeld in Höhe von 25 v.H. seiner Ausbildungsvergütung verbleiben.

§ 5

Dieser Tarifvertrag wird auf Auszubildende, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind, nicht angewendet. Dies gilt auf Antrag nicht für Auszubildende, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den BAT, den MTB II, den MTL II, den BMT-G, den Manteltarifvertrag für Auszubildende oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

### § 6

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluss eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Januar 1977, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 17. Mai 1976.

- MBl. NW. 1976 S. 1149.

20330

**Vergütungstarifvertrag Nr. 14  
für den Bereich des Bundes und für den Bereich  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder  
vom 17. Mai 1976**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4100 - 1.3.16 - IV 1 -  
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.20.06 - 3/76 -  
v. 17. 5. 1976

#### A.

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Februar 1976 an die Stelle der Vorschriften des Vergütungstarifvertrages Nr. 13 zum BAT vom 17. März 1975 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 17. 3. 1975 - MBl. NW. S. 677 / SMBL. NW. 20330 -) treten, geben wir bekannt:

**Vergütungstarifvertrag Nr. 14 zum BAT  
für den Bereich des Bundes und für den Bereich  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder  
vom 17. Mai 1976**

#### Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister des Innern,  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
- Hauptvorstand -,  
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft  
- Bundesvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

#### § 1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestellten-tarifvertrages (BAT) fallen.

#### § 2

**Angestellte, die unter die Anlage 1 a,  
zum BAT fallen**

Anlage 1 (1) Die Grundvergütungen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 1 festgelegt.

Anlage 2 (2) Die Grundvergütungen der Angestellten, die das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 23. Lebensjahr vollendet haben (§ 28 Abs. 1 BAT), ergeben sich aus der Anlage 2.

Anlage 3 (3) Die Gesamtvergütungen der Angestellten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich aus der Anlage 3.

### § 3

**Angestellte, die unter die Anlage 1 b  
zum BAT fallen**

(1) Die Grundvergütungen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 4 festgelegt.

(2) Die Gesamtvergütungen der Angestellten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich aus der Anlage 5.

Anlage 4

Anlage 5

### § 4

**Stundenvergütungen**

Die Stundenvergütungen (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT) betragen:

In Vergütungsgruppe	DM	In Vergütungsgruppe	DM
X	8,07	Kr. I	8,83
IXb	8,53	Kr. II	9,27
IXa	8,70	Kr. III	9,75
VIII	9,05	Kr. IV	10,25
VII	9,67	Kr. V	10,78
VIIa/b	10,33	Kr. VI	11,38
Vc	11,13	Kr. VII	12,23
Va/b	12,19	Kr. VIII	12,96
IVb	13,19	Kr. IX	13,75
IVa	14,33	Kr. X	14,59
III	15,57	Kr. XI	15,53
IIb	16,37	Kr. XII	16,46
IIa	17,25		
Ib	18,83		
Ia	20,47		
I	22,33		

### § 5

**Bemessungsgrundlage für Zulagen**

(1) Für die Bemessung der nachstehenden Zulagen tritt in den Vergütungsgruppen Vc und VIIb bis X an die Stelle der Anlage 1 die Anlage 6:

Anlage 6

1. Sonderregelungen zum BAT

Nr. 9 Abs. 1 SR 2e II

Nr. 6 Abs. 2 Unterabs. 1 SR 2k

2. Anlage 1 a zum BAT

a) In Teil I

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VII

b) In Teil II

Abschnitt H

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe Vc

Abschnitt N Unterabschn. I

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VII und Protokollnotizen Nrn. 3 und 6

Abschnitt N Unterabschn. II

Fußnoten 1 und 2 zu Vergütungsgruppe VII und Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VIII

Abschnitt N Unterabschn. III

Fußnoten 1 und 2 zu Vergütungsgruppe VII

Abschnitt P Unterabschn. II

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VII

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VIII

c) In Teil III

Abschnitt A Unterabschn. V

Nr. 1 der Vorbemerkungen

Abschnitt C Unterabschn. III

Fußnoten 2 und 3

Abschnitt D

jeweilige Fußnoten 1 zu Vergütungsgruppe Vc

der Unterabschnitt I, II und III

Abschnitt L Unterabschn. VII

Fußnoten 1 und 2 zu Vergütungsgruppe VII und

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VIII

Abschnitt O

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VII

## d) In Teil IV

Abschnitt A Unterabschn. III  
Nr. 1 der Vorbemerkungen  
Abschnitt B  
Fußnoten 2 und 3

(2) Für die Bemessung der Zulage nach Nr. 6 Abs. 2 SR 2 u BAT in der für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder geltenden Fassung ist der Betrag von 1289,47 DM zugrunde zu legen.

## § 6

## Überleitung am 1. Februar 1976

Für die unter die Anlage 1a zum BAT fallenden Angestellten, die am 31. Januar 1976 in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, das zu demselben Arbeitgeber am 1. Februar 1976 fortbestanden hat, und deren Grundvergütungen die jeweiligen Endgrundvergütungen in den Vergütungsgruppen VIb und VIa BAT um bis zu 30 DM sowie in der Vergütungsgruppe Vc BAT um bis zu 38 DM aufgrund des § 4 Abs. 1 Unterabs. 2 des Vergütungstarifvertrages vom 23. Juli 1958 überschreiten durften, werden die Endgrundvergütungen um die bisherigen Überschreitungsbeträge erhöht.

## § 7

## Ausgleichszulagen für die Angestellten im Saarland

Durch die Ausgleichszulage nach § 3 Abs. 2 des Überleitungstarifvertrages für die Angestellten im Saarland darf die Endgrundvergütung

in der Vergütungsgruppe	um bis zu
VII	2,45 DM
VIb	25,— DM
VIa	26,— DM
Vc	27,— DM
IVb	6,— DM
IVa	18,— DM

überschritten werden.

## § 8

## Ortszuschlag

Abweichend von § 29 BAT gilt die diesem Tarifvertrag als Anlage 7 beigefügte Ortszuschlagstabelle. Sie tritt außer Kraft, wenn für die Beamten des Arbeitgebers eine entsprechende oder eine günstigere Ortszuschlagstabelle in Kraft tritt. Von diesem Zeitpunkt an ist § 29 BAT uneingeschränkt anzuwenden.

Anlage 7

## § 9

## Ergänzung der Anlage 1a zum BAT

Die Anlage 1a zum BAT, zuletzt geändert und ergänzt durch den Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Neufassung der Fallgruppen 1) vom 24. Juni 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

In Teil II Abschnitt G wird die folgende Vorbemerkung zu den Unterabschnitten I und II eingefügt:

## „Vorbemerkung:

Den Sozialarbeiter/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung stehen die nach einem vierjährigen Studium an einer Fachhochschule graduierten Sozialarbeiter/Sozialpädagogen gleich.“

## § 10

## Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Angestellte, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Vereschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Angestellte, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Dies gilt ferner nicht für Angestellte, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezug des Altersruhegeldes nach § 25 Abs. 1 oder 3 AVG, § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

## § 11

## Inkrafttreten und Kündigung

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Januar 1977, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 17. Mai 1976

## Anlage 1

**Tabelle der Grundvergütungen**  
 für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahrs  
 (§ 27 Abschn. A BAT)

Verg. Gr.	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.	Grundvergütung der Lebensalterstufe nach vollendetem Lebensjahr (monatlich in DM)							
																1	2	3	4	5	6	7	8
I	2662,99	2806,94	2951,31	3095,66	3240,02	3384,39	3528,75	3673,11	3817,46	3961,83	4106,19	4250,55	4394,90										
I a	2454,21	2566,39	2678,56	2790,73	2902,91	3015,10	3127,28	3239,44	3351,62	3463,80	3575,99	3688,16	3795,72										
I b	2181,82	2289,66	2397,51	2505,34	2613,18	2721,02	2828,87	2936,70	3044,55	3152,38	3260,22	3368,07	3475,67										
II a	1933,96	2039,01	2132,07	2231,12	2330,18	2429,24	2528,30	2627,35	2726,41	2825,47	2924,52	3023,51											
II b	1803,21	1893,51	1983,80	2074,10	2164,40	2254,70	2344,99	2435,29	2525,59	2615,89	2706,19	2795,67											
III	1718,78	1803,21	1887,65	1972,09	2056,53	2140,98	2225,42	2309,85	2394,29	2478,74	2563,19	2647,63	2727,96										
IV a	1558,06	1635,33	1712,59	1789,85	1867,11	1944,38	2021,64	2098,91	2176,17	2253,44	2330,70	2407,97	2484,18										
IV b	1424,59	1485,88	1547,18	1608,45	1669,74	1731,04	1792,32	1853,62	1914,91	1976,19	2037,48	2098,77	2166,92										
V a	1259,67	1308,22	1356,77	1409,21	1463,09	1516,99	1570,87	1624,77	1678,65	1732,54	1796,43	1840,32	1890,37										
V b	1253,67	1308,22	1356,77	1409,21	1463,09	1516,99	1570,87	1624,77	1678,65	1732,54	1796,42	1840,32	1894,06										
V c	1190,73	1234,49	1278,32	1324,27	1370,22	1418,12	1469,12	1520,12	1571,12	1622,11	1672,46												
VI a	1127,61	1161,42	1195,23	1229,05	1262,86	1297,68	1333,19	1368,69	1404,83	1444,24	1483,65	1523,07											
VI b	1127,61	1161,42	1195,23	1229,05	1262,86	1297,68	1333,19	1368,69	1404,83	1444,24	1483,65	1523,07											
VII	1044,64	1072,10	1090,57	1127,03	1154,50	1181,96	1209,43	1236,89	1264,36	1292,58	1321,43	1362,24											
VIII	966,38	991,50	1016,62	1041,75	1066,87	1091,99	1117,11	1142,23	1167,36	1186,03													
IX a	934,79	959,76	984,73	1009,70	1034,67	1059,64	1084,61	1109,58	1134,49														
IX b	899,74	922,53	945,32	968,11	990,90	1013,69	1036,48	1059,27	1078,53														
X	835,47	858,26	881,05	903,84	926,63	949,42	972,21	995,--	1017,76														

**Anmerkung:** Tabelle gilt nicht für die Bemessungstarifverträge Nr. 14. von Zulagen. Vergleiche hierzu § 5 und Anlage 6

Anlage 2

(§ 2 Abs. 2 des Vergütungstarif-  
vertrages Nr. 14)

Tabelle der Grundvergütungen  
für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten unter 21 bzw. 23 Jahren  
(zu § 28 BAT)

VergGr.	Grundvergütung vor Vollendung des 23. Lebensjahres (monatlich in DM)		
	18.	19.	20.
I b	2072,73		
II a	1837,26		
II b	1713,05		
VergGr.	Grundvergütung nach Vollendung des Lebensjahres (monatlich in DM)		
IV b	-	-	1424,59
V a/V b	-	-	1259,67
V c	1095,47	1143,10	1190,73
VI a/VI b	1037,40	1082,51	1127,61
VII	961,07	1002,85	1044,64
VIII	889,07	927,72	966,38
IX a	860,01	897,40	934,79
IX b	827,76	863,75	899,74
X	768,63	802,05	835,47

Anlage 3  
(§ 2 Abs. 3 des Vergütungstarifvertrages  
Nr. 14)

T a b e l l e  
der Gesamtvergütungen für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten  
unter 18 Jahren  
(zu § 30 BAT)

A l t e r	Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen					(monatlich in DM)
	VI a/b	VII	VIII	IX a	IX b	
Vor Vollendung des 15. Lebensjahres	772,99	731,51	692,38	-	659,06	626,92
Nach Vollendung des 15. Lebensjahres	850,29	804,66	761,61	-	724,96	689,61
Nach Vollendung des 16. Lebensjahres	1004,89	950,96	900,09	879,55	856,77	815,--
Nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1159,49	1097,26	1038,56	1014,87	988,58	940,38

Anlage 4

(§ 3 Abs. 1 des Vergütungstarifvertrages Nr. 14)

Tabelle der Grundvergütungen

für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten nach Vollendung des 20. Lebensjahres  
(zu § 27 Abschn. B BAT)

Verggr.	Grundvergütungssätze in Stufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	(monatlich in DM)									
Kr. XII	2037,46	2145,06	2252,65	2324,84	2397,00	2469,19	2541,38	2613,57	2685,73	2753,85
Kr. XI	1886,28	1989,80	2093,30	2162,76	2232,21	2301,68	2371,13	2440,60	2510,05	2574,06
Kr. X	1746,00	1841,33	1936,67	2000,69	2064,70	2128,72	2192,72	2256,73	2320,74	2383,38
Kr. IX	1616,62	1705,14	1793,66	1853,60	1913,53	1973,45	2033,38	2093,30	2153,22	2206,34
Kr. VIII	1496,78	1578,48	1660,21	1716,04	1771,88	1827,72	1883,56	1939,40	1995,24	2042,91
Kr. VII	1386,45	1462,72	1538,99	1589,39	1639,77	1690,16	1740,56	1790,95	1841,33	1891,73
Kr. VI	1295,61	1358,20	1423,22	1470,88	1518,56	1566,22	1613,89	1661,56	1709,23	1751,46
Kr. V	1212,91	1269,00	1327,52	1366,77	1406,83	1450,47	1494,05	1537,63	1581,22	1622,07
Kr. IV	1136,96	1188,37	1239,79	1274,84	1311,56	1348,38	1385,18	1424,59	1465,44	1502,21
Kr. III	1066,85	1113,58	1160,33	1191,87	1223,43	1254,98	1287,03	1320,15	1353,28	1380,28
Kr. II	1002,57	1043,47	1084,37	1112,42	1140,46	1168,50	1196,55	1224,60	1252,64	1277,21
Kr. I	942,98	979,21	1015,43	1039,97	1064,50	1089,04	1113,58	1138,12	1162,66	1187,20

Anlage 5  
 (§ 3 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 14)

Tabelle der Gesamtvergütungen

für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten unter 18 Jahren  
 (zu § 3o BAT)

Alter	Gesamtvergütung in den Vergütungsgruppen		
	Kr. I	Kr. II (monatlich in DM)	Kr. III
Vor Vollendung des 15. Lebensjahrs	680,68	-	-
Nach Vollendung des 15. Lebensjahrs	748,74	781,52	-
Nach Vollendung des 16. Lebensjahrs	884,88	923,61	-
Nach Vollendung des 17. Lebensjahrs	1.021,01	1.065,71	1.113,92

Anlage 6  
 (§ 5 des Vergütungstarifvertrages Nr. 14)

Tabelle der Bezeichnungen und Werten für Zulagen

Verg. gr.	Grundvergütung der Lebensalterstufe nach vollendeten											
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.					
							Lebensjahr (monatlich in DM)					
V c	1186,44	1232,39	1278,32	1324,27	1370,22	1416,12	1469,12	1520,12	1571,12	1622,11	1672,46	
VI b	1129,16	1155,66	1191,16	1226,67	1262,17	1297,68	1333,19	1368,69	1404,83	1444,24	1483,65	1514,48
VII	1033,04	1061,88	1090,72	1119,55	1148,46	1177,23	1206,67	1234,91	1263,75	1292,58	1321,43	1342,24
VIII	950,87	977,25	1003,62	1030,01	1056,38	1082,76	1109,14	1135,51	1161,90	1181,50		
IX a	917,70	943,92	970,14	996,36	1022,57	1048,79	1075,01	1101,23	1127,39			
IX b	880,96	904,83	928,76	952,69	976,62	1000,55	1024,47	1048,40	1068,63			
X	813,41	837,34	861,27	885,26	909,13	933,06	956,99	980,92	1004,82			

Anlage 7.

(§ 8 des Vergütungstarifvertrages  
Nr. 14)

Ortszuschlag

für die Angestellten

Tarif- klasse	Zu der Tarif- klasse gehö- rende Vergü- tungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
		Monatsbeträge in DM							
I b	I bis II b	499,74	594,24	675,09	752,36	788,21	856,16	924,11	1008,74
I c	III bis Va/b, Kr. VII bis Kr. XII	538,64	444,14	619,49	696,76	732,61	800,56	868,51	953,14
II	V c bis X, Kr. I bis VI	508,37	418,37	589,22	666,49	702,34	770,29	838,24	922,87

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 84,63 DM.

**B.**

Zur Durchführung des Tarifvertrages wird folgendes bestimmt:

1. Für die im Angestelltverhältnis beschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, die unter den RdErl. d. Kultusministers v. 12. 11. 1971 (GABl. NW. 1971 S. 617) fallen, ist die erhöhte Vergütung solange unter Vorbehalt zu zahlen, bis die widerruflichen Zulagen nach dem genannten Erlass durch den Kultusminister neu festgesetzt worden sind.
2. Der Zuschlag nach § 47 Abs. 2 Unterabs. 5 BAT beträgt 4 v.H. (80 v.H. von 5 v.H.).

**C.**

Aufgrund einer den Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen gegebenen Zusage erhalten in Anwendung des § 40 Abs. 1 LHO und mit Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder Angestellte, die unter den Geltungsbereich des Vergütungstarifvertrages Nr. 14 (vgl. dessen § 10) fallen und denen

1. am 1. Februar 1976 Grundvergütung der Vergütungsgruppe Va oder Vb nach der Stufe nach vollendetem 21. oder 23. Lebensjahr und
2. der Ortszuschlag der Stufe 1 zugestanden hat,

außertariflich eine einmalige nicht gesamtversorgungsfähige Zahlung. Die einmalige Zahlung ist zusammen mit der Nachzahlung aufgrund des Vergütungstarifvertrages Nr. 14 zu leisten.

Die einmalige Zahlung beträgt

- wenn Grundvergütung nach der Stufe nach vollendetem 21. Lebensjahr zustand, 50,31 DM,
- wenn Grundvergütung nach der Stufe nach vollendetem 23. Lebensjahr zustand, 20,15 DM.

Sie ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen (z.B. Urlaubsvergütung) nicht zu berücksichtigen.

– MBl. NW. 1976 S. 1150.

203310

**Monatslohnstarifvertrag Nr. 7  
zum MTL II  
vom 17. Mai 1976**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4200 – 3 – IV 1 –  
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.30.04 – 1/76 –  
v. 17. 5. 1976

**A.**

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Februar 1976 an die Stelle der Vorschriften des Monatslohnstarifvertrages Nr. 6 zum MTL II vom 17. März 1975 i.d.F. des Änderungstarifvertrages vom 19. Juni 1975 (bekanntgegeben mit den Gem. RdErl. v. 17. 3. 1975 u. v. 10. 9. 1975 – SMBI. NW. 203310) treten, geben wir bekannt:

**Monatslohnstarifvertrag Nr. 7 zum MTL II  
vom 17. Mai 1976**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport  
und Verkehr – Hauptvorstand –

einerseits

andererseits

wird folgendes vereinbart:

**§ 1  
Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag gilt für die Arbeiter der Verwaltungen und Betriebe der Länder, deren Arbeitsverhältnisse durch den

Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964 geregelt sind. Er gilt nicht für die Arbeiter des Landes Berlin und der Freien Hansestadt Hamburg.

**§ 2  
Lohnabelle**

Die Monatstabellenlöhne (§ 21 Abs. 3 MTL II) sind in der Anlage 1 (Monatstabellenlöhne 1) festgelegt.

Anlage 1

**Protokollnotiz:**

Bei der Berechnung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind abzurunden, Bruchteile von 0,5 und mehr sind aufzurunden.

**Bemessungsgrundlagen für Zulagen,  
Zuschläge usw.**

Bei Anwendung der folgenden Vorschriften gelten die Monatstabellenlöhne der Anlage 2 (Monatstabellenlöhne 2):

Anlage 2

**1. Im MTL II:**

- § 9 Abs. 4 Satz 2
- § 27 Abs. 1
- § 30 Abs. 5
- Nr. 5 Abs. 1 SR 2g
- Nr. 3a SR 2h
- Nr. 4 Satz 3 SR 2i, soweit es sich um die über 174 Stunden im Monat hinausgehenden Stunden handelt
- Nr. 6 Satz 2 SR 2i

**2. Im Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II:**

- § 2 Abs. 6 Buchst. b
- § 3 Abs. 1
- Lohngruppe VIII Fallgruppen:**
  - 26.3.1 bis 26.3.5
  - 29.3.1 bis 29.3.4
  - 30.3.3
  - 51.3.1
  - 52.3.1
  - 55.3.1

**3. Im Tarifvertrag zu § 73 MTL II:**

Artikel IV § 5 Nr. 1.

**§ 4**

**Ausnahmen vom Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag wird auf Arbeiter, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, nicht angewendet. Dies gilt auf Antrag nicht für Arbeiter, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Dies gilt ferner nicht für Arbeiter, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezug des Altersruhegeldes nach § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO oder § 25 Abs. 1 oder 3 AVG oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den MTB II, den MTL II oder den BMT-G oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

**§ 5**

**Inkrafttreten, Laufzeit**

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Januar 1977, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 17. Mai 1976

Anlage 1  
zum Monatslohntarifvertrag Nr. 7  
zum MTL II vom 17. Mai 1976

Monatstabellenlöhne 1

Lohn- gruppe	S t u f e						8 DM	9 DM	10 DM
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM			
II	1298,18	1330,73	1360,96	1388,87	1414,45	1437,71	1458,63	1477,24	1493,52
III	1349,34	1383,68	1415,58	1445,01	1472,00	1496,53	1518,61	1538,24	1555,41
IV	1376,47	1411,77	1444,55	1474,80	1502,53	1527,73	1550,43	1570,60	1588,25
V	1403,31	1439,54	1473,19	1504,24	1532,72	1558,60	1581,90	1602,60	1620,72
VI	1460,25	1498,48	1533,98	1566,74	1596,78	1624,09	1648,66	1670,51	1689,62
VII	1520,32	1560,66	1598,11	1632,67	1664,36	1693,17	1719,10	1742,14	1762,30
VIII	1583,70	1626,25	1665,76	1702,23	1735,66	1766,05	1793,82	1819,36	1841,69
VIII a	1650,57	1695,46	1737,14	1775,62	1812,17	1845,85	1876,14	1903,07	1928,54
IX	1728,85	1775,98	1821,49	1863,91	1902,78	1938,14	1969,95	1998,22	2024,97
									2048,51

**Anmerkung:** Diese Tabelle ist nicht anzuwenden bei der Berechnung von Zulagen, Zuschlägen usw.  
 (vgl. § 3 des Tarifvertrages und Abschnitt B Nr. 1 Satz 3 des Gem.RdErl.).

Anlage 2  
zum Monatslohntarifvertrag Nr. 7  
zum MTL II vom 17. Mai 1976

Monatstabellenlöhne

Lohn- gruppe	S t u f e									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	1273,84	1308,02	1339,76	1369,06	1395,92	1420,35	1442,31	1461,85	1478,95	1493,59
III	1327,56	1363,61	1397,11	1428,01	1456,35	1482,11	1505,29	1525,90	1543,93	1559,39
IV	1356,04	1393,11	1427,53	1459,29	1488,41	1514,87	1538,70	1559,88	1578,41	1594,30
V	1384,23	1422,27	1457,60	1490,20	1520,11	1547,28	1571,75	1593,48	1612,51	1628,81
VI	1444,01	1484,15	1521,43	1555,83	1587,37	1616,04	1641,84	1664,79	1684,85	1702,06
VII	1507,09	1549,44	1588,77	1625,05	1658,33	1688,58	1715,81	1740,00	1761,17	1779,32
VIII	1573,64	1618,31	1659,80	1698,09	1733,19	1765,10	1793,82	1819,36	1841,69	1860,83
VIII a	1643,85	1690,98	1734,75	1775,15	1812,17	1845,85	1876,14	1903,07	1928,54	1950,96
IX	1726,04	1775,53	1821,49	1863,91	1902,78	1938,14	1969,95	1998,22	2024,97	2048,51

**B.**

Zur Durchführung des Tarifvertrages weisen wir auf folgendes hin:

1. Nach der zwischen den Tarifvertragsparteien getroffenen Vereinbarung ist § 30 Abs. 3 Satz 2 MTL II auch für die Ermittlung der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne anzuwenden. Das bedeutet, daß der Divisor 174 beträgt.

Die auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne, die sich unter Berücksichtigung der Rundungen nach der Protokollnotiz zu § 2 ergeben, sind in der **Anlage 1** ausgewiesen.

Für die Bemessung der in § 3 aufgeführten Zulagen, Zuschläge und sonstigen Lohnbestandteile ist nicht von den Monatstabellenlöhnen der Anlage 1 zum Tarifvertrag (Monatstabellenlöhne 1) und damit auch nicht von den auf eine Stunde entfallenden Anteilen dieser Monatstabellenlöhne (Anlage 1), sondern von den hierfür besonders vereinbarten Beträgen der Anlage 2 zum Tarifvertrag (Monatstabellenlöhne 2) auszugehen. Die auf eine Stunde entfallenden Anteile dieser Monatstabellenlöhne sind in der **Anlage 2** ausgewiesen.

**Anlage 1**

**Anlage 2**

2. Nach § 31 Abs. 2 Unterabs. 2 MTL II bemäßt sich der Teil des Monatslohnes, der nicht im Monatsregellohn enthalten ist, nach der Arbeitsleistung des Vorvormonats. Das be-

deutet, daß sich der Teil des Monatslohnes für den Monat Februar 1976, der nicht im Monatsregellohn enthalten ist, zwar nach der Arbeitsleistung des Monats Dezember 1975 bemäßt, für seine Errechnung aber der Lohn und die Bemessungsgrundlagen für Zulagen, Zuschläge usw. nach diesem Tarifvertrag zugrunde zu legen sind.

3. Die allgemeine Lohnerhöhung im Sinne des § 48 Abs. 3 und 5 MTL II beträgt vom 1. Februar 1976 an 5 v.H.; 80 v.H.; hiervom sind 4 v.H.
4. Die Bemessungsgrundlage für die Lohnzuschläge nach dem Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II (TVZ zum MTL II – bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 18. 11. 1963 – SMBI. NW. 203311) ist durch den Änderungstarifvertrag Nr. 8 zum TVZ zum MTL II vom 17. Mai 1976 auf 5,39 DM festgesetzt worden. Daraus ergeben sich vom 1. 2. 1976 an folgende Lohnzuschläge:

Zuschlagsgruppe:	Betrag:
I	0,27 DM
II	0,32 DM
III	0,43 DM
IV	0,54 DM
V	0,65 DM
VI	0,75 DM
VII	0,86 DM
VIII	1,08 DM
IX	1,35 DM
X	1,67 DM

Anlage 1

Tabelle  
der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne 1

Lohn- gruppe	S t u f e								
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM
II	7,46	7,65	7,82	7,98	8,13	8,26	8,38	8,49	8,58
III	7,75	7,95	8,14	8,30	8,46	8,60	8,73	8,84	8,94
IV	7,91	8,11	8,30	8,48	8,64	8,78	8,91	9,03	9,13
V	8,07	8,27	8,47	8,65	8,81	8,96	9,09	9,21	9,31
VI	8,39	8,61	8,82	9,00	9,18	9,33	9,48	9,60	9,71
VII	8,74	8,97	9,18	9,38	9,57	9,73	9,88	10,01	10,13
VIII	9,10	9,35	9,57	9,78	9,98	10,15	10,31	10,46	10,58
VIII a	9,49	9,74	9,98	10,20	10,41	10,61	10,78	10,94	11,08
IX	9,94	10,21	10,47	10,71	10,94	11,14	11,32	11,48	11,64
									11,77

Anmerkung: Diese Tabelle ist nicht anzuwenden bei der Berechnung von Zulagen, Zuschlägen usw. (vgl. § 3 des Tarifvertrages und Abschnitt B Nr. 1 Satz 3 des Gem.RdErl.).

Anlage 2

**Tabelle**  
der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne 2  
 (Bemessungsgrundlage für Zulagen, Zuschläge usw.)

Lohn- gruppe	S t u f e									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	7,32	7,52	7,70	7,87	8,02	8,16	8,29	8,40	8,50	8,58
III	7,63	7,84	8,03	8,21	8,37	8,52	8,65	8,77	8,87	8,96
IV	7,79	8,01	8,20	8,39	8,55	8,71	8,84	8,96	9,07	9,16
V	7,96	8,17	8,38	8,56	8,74	8,89	9,03	9,16	9,27	9,36
VI	8,30	8,53	8,74	8,94	9,12	9,29	9,44	9,57	9,68	9,78
VII	8,66	8,90	9,13	9,34	9,53	9,70	9,86	10,00	10,12	10,23
VIII	9,04	9,30	9,54	9,76	9,96	10,14	10,31	10,46	10,58	10,69
VIII a	9,45	9,72	9,97	10,20	10,41	10,61	10,78	10,94	11,08	11,21
IX	9,92	10,20	10,47	10,71	10,94	11,14	11,32	11,48	11,64	11,77

203310

**Dreizehnter Änderungstarifvertrag  
vom 17. Mai 1976  
zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen  
der Personenkraftwagenfahrer  
vom 10. Februar 1965**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4200 - 4.1 - IV 1 -  
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.31.14 - 1/76 -  
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 22. 3. 1965 - SMBL. NW. 203310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert wird, geben wir bekannt:

**Dreizehnter Änderungstarifvertrag  
vom 17. Mai 1976  
zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen  
der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965**

Zwischen  
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,  
und  
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport  
und Verkehr - Hauptvorstand -  
wird folgendes vereinbart:

einerseits

andererseits

**§ 1****Änderung des Tarifvertrages**

**Anlage** Die Anlage zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965, zuletzt

geändert durch den Zwölften Änderungstarifvertrag vom 17. März 1975, wird durch die Anlage zu diesem Tarifvertrag ersetzt.

**§ 2  
Ausnahmen vom Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag wird auf Personenkraftwagenfahrer, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, nicht angewendet. Dies gilt auf Antrag nicht für Personenkraftwagenfahrer, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Dies gilt ferner nicht für Personenkraftwagenfahrer, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezug des Altersruhegeldes nach § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO, § 25 Abs. 1 oder 3 AVG oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den MTB II, den MTL II oder den BMT-C oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

**§ 3  
Inkrafttreten**

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

## A n l a g e

zum Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 für Personenkraftwagenfahrer  
der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen,  
Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein

Gesamtpauschallöhne

Gruppe	Dienstzeit	Monatslohn	Pauschal-	Gesamtpau-
		DM	zuschlag	schalllohn
<u>Gruppe I</u>				
bei einer Mo-	1. - 8. Jahr	1756,80	74,22	1831,02
natsarbeits-	9.-12. Jahr	1814,15	74,22	1888,37
zeit bis zu	13.-16. Jahr	1860,57	74,22	1934,79
199 Stunden	vom 17. Jahr an	1896,07	74,22	1970,29
<u>Gruppe II</u>				
bei einer Mo-	1. - 8. Jahr	1946,86	124,30	2071,16
natsarbeits-	9.-12. Jahr	2004,21	124,30	2128,51
zeit von mehr	13.-16. Jahr	2050,63	124,30	2174,93
als 199 bis	vom 17. Jahr an	2086,13	124,30	2210,43
224 Stunden				
<u>Gruppe III</u>				
bei einer Mo-	1. - 8. Jahr	2159,28	148,44	2307,72
natsarbeits-	9.-12. Jahr	2216,63	148,44	2365,07
zeit von mehr	13.-16. Jahr	2263,05	148,44	2411,49
als 224 bis	vom 17. Jahr an	2298,55	148,44	2446,99
248 Stunden				
<u>Gruppe IV</u>				
bei einer Mo-	1. - 8. Jahr	2382,88	148,44	2531,32
natsarbeits-	9.-12. Jahr	2440,23	148,44	2588,67
zeit von mehr	13.-16. Jahr	2486,65	148,44	2635,09
als 248 bis	vom 17. Jahr an	2522,15	148,44	2670,59
272 1/2 Stun- den				
Ständige per- sönliche Fah- rer nach § 3 Abs. 3				
	1. - 8. Jahr	2617,66	189,30	2806,96
	9.-12. Jahr	2675,01	189,30	2864,31
	13.-16. Jahr	2721,43	189,30	2910,73
	vom 17. Jahr an	2756,93	189,30	2946,23

203311

**Änderungstarifvertrag Nr. 8  
vom 17. Mai 1976  
zum Tarifvertrag über die Lohnzuschläge  
gem. § 29 MTL II  
vom 9. Oktober 1963**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4231 – 1.2 – IV 1 –  
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.32.05 – 1/76 –  
v. 17. 5. 1976

**A.**

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II vom 9. Oktober 1963 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 18. 11. 1963 – SMBI. NW. 203311) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert wird, geben wir bekannt:

**Änderungstarifvertrag Nr. 8  
vom 17. Mai 1976  
zum Tarifvertrag über die Lohnzuschläge  
gemäß § 29 MTL II (TVZ zum MTL II)  
vom 9. Oktober 1963**

**Zwischen**

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,  
einerseits  
und  
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport  
und Verkehr – Hauptvorstand –  
andererseits  
wird folgender Tarifvertrag geschlossen:

**§ 1**

Der Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II (TVZ zum MTL II) vom 9. Oktober 1963, zuletzt geändert

durch den Änderungstarifvertrag Nr. 7 vom 16. März 1974,  
wird mit Wirkung vom 1. Februar 1976 wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 wird der Betrag „3,89“ durch den Betrag „5,39“ ersetzt.

**§ 2**

§ 4 des Monatslohnstarifvertrages Nr. 7 zum MTL II vom 17. Mai 1976 gilt entsprechend.

Bonn, den 17. Mai 1976

**B.**

Abschnitt B des Gem. RdErl. v. 18. 11. 1963 (SMBI. NW. 203311) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 erhält folgende Fassung:

**2. Zu § 1 Abs. 2**

Die Lohnzuschläge sind in Vomhundertsätzen der Be-  
messungsgrundlage festgesetzt. Daraus ergeben sich  
vom 1. 2. 1976 an folgende Lohnzuschläge:

Zuschlagsgruppe	Betrag
I	0,27 DM
II	0,32 DM
III	0,43 DM
IV	0,54 DM
V	0,65 DM
VI	0,75 DM
VII	0,86 DM
VIII	1,08 DM
IX	1,35 DM
X	1,67 DM

2. Nummer 7 wird gestrichen.

Die bisherigen Nummern 8 und 9 werden Nummern 7  
und 8.

– MBl. NW. 1976 S. 1167.

**II.****Hinweise****Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 11 v. 1. 6. 1976**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,50 DM zuzugl. Portokosten)

	Seite
<b>Bekanntmachungen</b>	121
<b>Personalnachrichten</b>	127
<b>Gesetzgebungsübersicht</b>	129
<b>Rechtsprechung</b>	
<b>Zivilrecht</b>	
BGB § 812 I Satz 1. – Der Dritte, der dem Schuldner gegenüber zur Befriedigung von dessen Gläubiger verpflichtet ist und aus Versehen an den Gläubiger doppelt zahlt, kann von diesem bei offensichtlicher Vergehung des Zahlungszwecks unmittelbar Erstattung verlangen. OLG Köln vom 25. September 1975 – 1 U 19/75	130
<b>Strafrecht</b>	
OWIG §§ 72, 79 I Nr. 5. – Behält sich der Verteidiger auf eine Anfrage gemäß § 72 I Satz 2 OWIG eine endgültige Stellungnahme bis nach erfolgter Akteneinsicht vor, so liegt in dem Fehlen einer weiteren Erklärung nach gewährter Einsichtnahme in die Akten keine Zustimmung zu einer Beschlüsseentscheidung. OLG Hamm vom 16. Januar 1976 – 3 Ss OWi 25/76	131

– MBl. NW. 1976 S. 1167.

## Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

## Nr. 28 v. 8. 6. 1976

Glied.-Nr.	Datum	(Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM zuzügl. Portokosten)	
			Seite
1001	7. 5. 1976	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Münster/Hamm-Gesetzes vom 9. Juli 1974 (GV. NW. S. 416), soweit es die Stadt Borghorst betrifft, mit Artikel 78 der Landesverfassung . . . . .	190
1001	7. 5. 1976	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Sauerland/Paderborn-Gesetzes vom 5. November 1974 (GV. NW. S. 1224), soweit es die Gemeinde Scherfede betrifft, mit Artikel 78 der Landesverfassung . . . . .	190
2005	1. 6. 1976	<b>Gesetz zur Änderung des Landesorganisationsgesetzes</b> . . . . .	190
75	7. 5. 1976	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die bergaufsichtliche Überwachung der bergbaulichen Nebengewinnungs- und Weiterverarbeitungsanlagen durch die Bergbehörden . . . . .	190
	18. 5. 1976	Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 1976 . . . . .	191

– MBl. NW. 1976 S. 1168.

## Nr. 29 v. 10. 6. 1976

Glied.-Nr.	Datum	(Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM zuzügl. Portokosten)	
			Seite
2022	27. 2. 1976	Dritte Änderung der Satzung der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe . . . . .	194

– MBl. NW. 1976 S. 1168.

## Einzelpreis dieser Nummer 4,20 DM

Einzelleferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.  
Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer